

Antrag

der Abgeordneten Michael Leutert, Hüseyin-Kenan Aydin, Monika Knoche, Dr. Diether Dehm, Wolfgang Gehrcke, Diana Golze, Heike Hänsel, Inge Höger, Dr. Hakki Keskin, Katrin Kunert, Ulla Lötzer, Dr. Norman Paech, Paul Schäfer (Köln), Alexander Ulrich, Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und der Fraktion DIE LINKE.

Für die soziale Rehabilitation von Kindersoldaten eintreten

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Omar Khadr war ein sogenannter „Kindersoldat“. Er wurde in Afghanistan nach einem Gefecht im Alter von 15 Jahren durch US-Soldaten gefangen genommen. Der Deutsche Bundestag ist der Auffassung, dass im Augenblick seiner Festnahme ein Gefangener der Hoheitsgewalt jener Kriegspartei unterliegt, die die Festnahme durchgeführt hat. Die USA übernehmen damit die Verpflichtung gegenüber Omar Khadr, Maßnahmen zu seiner Demobilisierung zu treffen und jede geeignete Unterstützung zu seiner physischen und psychischen Genesung und seiner sozialen Eingliederung zu gewähren. Die USA unterliegen nach Auffassung des Deutschen Bundestages dieser Verpflichtung aufgrund der Ratifikation des *Fakultativprotokolls zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten* durch die USA. Der Deutsche Bundestag ist der Auffassung, dass die Inhaftierung von Omar Khadr in Guantánamo in keinem Sinne eine geeignete Maßnahme zur Unterstützung seiner physischen und psychischen Genesung und seiner sozialen Eingliederung darstellt und die Vereinigten Staaten von Amerika damit ihren Verpflichtungen, die sich aus dem *Fakultativprotokoll* ergeben, nicht nachgekommen sind.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die USA nachdrücklich aufzufordern, alle durch sie in Guantánamo inhaftierten Minderjährigen freizulassen und geeignete Maßnahmen zur sozialen Wiedereingliederung zu ergreifen;
2. die USA nachdrücklich aufzufordern, ihren Verpflichtungen, die sich aus dem *Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten* ergeben, nachzukommen.

Berlin, den 13. September 2007

Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion